

LIBERALE SENIOREN

Nordrhein-Westfalen

Meine Meinung

„Manchmal habe ich das Gefühl, dass Erfahrung heute nicht mehr zählt.“ So Horst Heldt, neuer Sportchef des 1. FC Köln kürzlich im „Bonner General-Anzeiger“. Den gleichen Satz werden manche Mitgliedern der Liberalen Senioren NRW gesagt oder zumindest gedacht haben, nachdem sie mit ihren Bewerbungen für die Reservelisten zur Kommunalwahl im kommenden Jahr in Nordrhein-Westfalen in vielen Städten und Gemeinden gescheitert waren. Wenn wir bei den nächsten Wahlen, insbesondere bei der kommenden Bundestagswahl, die spätestens 2021 anstehen wird, als Liberale erfolgreich bleiben wollen, sollten wir dieses parteiinterne Verhalten vielerorts ändern. Wir sollten zurückkehren zu dem (früheren?) Motto von Christian Lindner: „Unsere Gesellschaft wird erfolgreicher, wenn Ältere aktiv unsere gemeinsame Zukunft mitgestalten. Deshalb setzen wir Freien Demokraten gleichermaßen auf Jung und Alt“. Das meint auch

Elmar Conrads-Hassel

Landesvorsitzender



Liebe Mitglieder,

die Einigung der Großen Koalition beim Thema Grundrente ist ein fauler Kompromiss. Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner hat den Eindruck, „dass es in Wahrheit gar nicht um bedürftige Rentner gegangen ist, sondern um Annegret Kramp-Karrenbauer und Olaf Scholz. Hier werden Milliarden aufgewendet, nicht zur Bekämpfung der Altersarmut, sondern Milliarden zur Stabilisierung der Großen Koalition, der Parteivorsitzenden der Union und dem Bewerber um das Amt des Parteivorsitzenden bei der SPD, Olaf Scholz.“ Das sehe ich auch so.

Niemand bestreitet, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, im Ruhestand mehr erhalten sollen als andere. Ein finanziell selbstbestimmtes Leben im Alter muss Kernanliegen jeder Partei sein. Aber der Weg, den die Große Koalition dorthin eingeschlagen hat, ist unsolid finanziert. Er untergräbt das Grundgerüst der Rentenversicherung und trägt nicht wirklich zur Lösung der Altersarmut bei.

Lindner kritisierte: „In Wahrheit werden viele neue Ungerechtigkeiten bei der Grundrente geschaffen. Es spielt in Einzelfällen überhaupt keine Rolle mehr, wie viel jemand im Leben eingezahlt hat. Es kann sein, dass der eine doppelt so viel eingezahlt hat wie der andere und trotzdem wird man am Ende gleichgestellt. Und das ist für uns das Aushebeln eines wesent-

Altersvorsorge sichern

Die FDP-Bundestagsfraktion fordert, ein „Altersvorsorge-Depot“ einzuführen, in dem aus dem Bruttoeinkommen der Bürger im Rahmen der gesetzlichen Höchstbeträge nach dem Alterseinkünftegesetz (derzeit jährlich 23.712 € bei Ledigen und 47.424 € bei Verheirateten) angespart werden kann. Eine Besteuerung soll erst in der Auszahlungsphase nachgelagert erfolgen.

Um die verschiedenen Wünsche der Sparer zu berücksichtigen, soll das „Altersvorsorge-Depot“ wesentlich flexibler gestaltet sein, als die derzeitigen starren staatlich geförderten Sparmodelle. So soll der Einzahler ab seinem 60. Lebensjahr selbst entscheiden dürfen, ab wann und in welcher Form er später sein Anlagekapital (monatliche Rente oder einmalige Auszahlung) erhalten möchte (Kapitalwahlrecht). Auch die Kapitalanlage soll vollständig freigestellt sein. Dies schließt insbesondere börsennotierte Aktien, Mitarbeiterkapitalbeteiligungen, Investmentfonds, Exchange-Traded Funds (ETFs) sowie Lebensversicherungen ein. Das „Altersvorsorge-Depot“ soll darüber hinaus vererbbar und in der Auszahlungsphase von Beiträgen zu der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung befreit sein.

Die steuerliche Förderung von Riester- und Rürup-Renten soll zukünftig in das „Altersvorsorge-Depot“ integriert werden. Die geförderten Sparmodelle sollen darüber hinaus zukünftig allen Bürgern zugänglich sein. Die Zulagen sollen direkt vom Finanzamt eingezahlt werden.

lichen Prinzips unseres Sozialstaates, nämlich des Leistungs-, des Äquivalenzprinzips.“

Ganz nebenbei - im Kleingedruckten des Kompromisses - erwähnen Union und SPD, wo das Geld für die Grundrente überhaupt herkommen soll. Das Finanzministerium plant die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Olaf Scholz veranschlagt 1,5 Mrd. Euro Einnahmen für die Finanzierung der Grundrente. Kleiner Haken an der Sache: Die Finanztransaktionssteuer gibt es noch nicht.

Lindner stellte klar: „Viele Menschen denken, bei der Finanztransaktionssteuer handle es sich um die Besteuerung von Hedgefonds oder Hochfrequenzhandel an den Börsen. Die Wahrheit ist, dass auch der Kleinsparer, der Kleinaktionär betroffen ist. Neben der Abgeltungssteuer und dem Soli soll jetzt auch noch eine Aktienumsatzsteuer, eine Mehrwertsteuer auf Aktien, eingeführt werden. Das trifft nicht die Großen, das trifft nicht die Hedgefonds, sondern das trifft die Kleinsparer. Die Koalition spielt arme Rentner gegen fleißige Kleinsparer aus. Das ist nicht gerecht, sondern das Gegenteil von gerecht.“

Deswegen ist es falsch, dass Menschen, die privat mit Aktien fürs Alter vorsorgen, herangezogen werden, um die Grundrente zu finanzieren. Ziel jeglicher Politik muss es sein, dass die Bürger staatliche Leistungen gar nicht erst in Anspruch nehmen müssen. Statt den Menschen dabei zu helfen, Vermögen aufzubauen, wird die Mitte der Gesellschaft mit diesem Vorhaben bestraft. Dabei ist Aktiensparen in der Niedrigzinsphase der vielversprechendste Weg, die Bürger wohlhabend zu machen. Es zeigt sich wieder einmal, dass die Leistungsträger in der Großen Koalition keine Fürsprecher haben.

Natürlich brauchen wir endlich eine faire und zielgerichtete Hilfe gegen Altersarmut. Das kann man aber auf anderem Wege besser erreichen. Wir müssen die betriebliche und private Altersvorsorge ausbauen - gerade auch für Personen, die am Monatsende kaum Geld übrig haben, um zu sparen. Dazu sollten wir ergänzend eine Basisrente anstelle der Grundrente einführen. Bei diesem Vorschlag bleibt es beim Äquivalenzprinzip in der Rentenversicherung. Erreicht wird dies durch einen Freibetrag in der Grundsicherung im Alter für Einkünfte aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Konkret schlagen die Freien Demokraten einen Freibeitrag in Höhe von 20 Prozent der Rentenansprüche vor. Zudem sollen Beantragung und Auszahlung der Basisrente unter dem Dach der Rentenversicherung zusammengeführt werden, damit der Gang zum Sozialamt zukünftig entfällt. Dieser Vorschlag zeigt: Es gibt bessere Möglichkeiten, Altersarmut zu bekämpfen.

Manfred Todtenhausen